

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

## Das duale Berufsbildungssystem in Deutschland aus innovationsorientierter Perspektive

*Die berufliche Ausbildung in Deutschland basiert auf einer Integration von schulischer und betrieblicher Ausbildung. Mit Blick auf Innovationen besitzt das duale System Vorteile gegenüber anderen Formen der beruflichen Bildung oder einer nicht berufsbezogenen Ausbildung.*

triebliche Ausbildungsphasen abwechseln. Mit Blick auf Innovationen besitzt das duale System verschiedene Vorteile gegenüber anderen Formen der beruflichen Bildung oder einer nicht berufsbezogenen Ausbildung.



In der dualen beruflichen Bildung erwerben junge Menschen praxisnahe Kompetenzen – ein wichtiger Faktor für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit.

Formale Qualifikationen bilden eine wesentliche Grundlage, damit sich der Einzelne in Innovationsprozesse einbringen kann. Die Ausbildung junger Menschen ist daher eine wichtige Messgröße zur Beurteilung der Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Im Rahmen des Innovationsindikators 2012 im Auftrag der Deutsche Telekom Stiftung und des Bundesverbands der Deutschen Industrie hat das ZEW die Rolle der beruflichen Ausbildung im Innovationssystem untersucht.

Die berufliche Bildung ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich organisiert. Im angloamerikanischen Raum ist sie in der Regel in die schulische Ausbildung integriert, ergänzend dazu werden berufliche Qualifikationen über Prak-

tika, Ferienjobs oder Teilzeittätigkeiten gesammelt. In anderen Ländern wie zum Beispiel Norwegen erfolgt die berufliche Bildung zweiphasig, wobei auf eine zweijährige schulische Ausbildungsphase eine ebenfalls zweijährige betriebliche Ausbildung folgt.

### Deutschland setzt auf duale Bildung

In Deutschland und einigen anderen europäischen Ländern wie zum Beispiel der Schweiz, Österreich und Dänemark hat sich das duale System als Standard der beruflichen Bildung etabliert. Dabei werden Berufe in üblicherweise dreijährigen, integrierten Ausbildungsprogrammen erlernt, in denen schulische und be-

### Vorteile des dualen Systems

Das duale System vermittelt fachliches Spezialwissen und erlaubt es den Facharbeitern, eine „gemeinsame Sprache“ mit Technikern, Ingenieuren oder Produktmanagern zu finden. Dies erleichtert die Umsetzung von Innovationsprojekten in die betriebliche Praxis. Absolventen des dualen Systems haben typischerweise branchen- und berufsspezifische Herangehens- und Denkweisen verinnerlicht und verfügen über ein tieferes Verständnis der betriebsinternen Abläu-

### IN DIESER AUSGABE

Das duale Berufsbildungssystem in Deutschland aus innovationsorientierter Perspektive .....	1
Anhaltender Aufwärtstrend beim DAX und leichte Entspannung beim Ölpreis bis Mitte 2013 .....	2
Die Nutzung von IKT begünstigt den Bezug von Vorleistungen aus dem Ausland .....	3
Überqualifikation von Hochschulabsolventen im Beruf variiert deutlich nach Studienfächern .....	4
Nachgefragt: Schaffen wir die Energiewende? .....	5
Agenda 2030 – Reformen zwischen objektiver Notwendigkeit und individueller Verweigerung .....	7
Konferenz zu Emissionshandelssystemen in Europa, Asien und Australien am ZEW. ....	9
Daten und Fakten .....	11
Standpunkt .....	12

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

fe, sodass die mit Innovationsprojekten einhergehenden Anpassungen in Produktion, Vertrieb und Organisation rasch umgesetzt werden können. Die in der dualen Ausbildung erworbenen Kenntnisse sind vor allem für inkrementelle Innovationen von großer Bedeutung. Dabei geht es um das Erkennen von Verbesserungspotenzialen bei bestehenden Produkten und Prozessen und um die Umsetzung von Neuerungen im Produktionsprozess (etwa Tätigkeiten im Zusammenhang mit Konstruktion, Testläufen, Produktionsvorbereitung oder der Einrichtung neuer Produktionslinien).

Vergleicht man die Positionen verschiedener Länder im Innovationsranking in Bezug auf die Bedeutung der dualen beruflichen Bildung für die Innovationsleistung, so befinden sich alle Länder, die

in ihrem Sekundarbildungssystem zumindest teilweise auf die duale berufliche Bildung setzen, in der oberen Hälfte des Rankings. Die meisten Länder, die nur eine schulische Berufsausbildung anbieten oder eine überwiegend nicht berufsbezogene Sekundarbildung verfolgen, rangieren im mittleren oder unteren Bereich. Ausnahmen sind Singapur, Schweden und Belgien, die eine rein schulische berufliche Ausbildung anbieten und sich auf den vordersten Plätzen des Innovationsindikators befinden.

#### Nachteile einer dualen Ausbildung

Dass zwischen einer dualen Berufsausbildung und der Innovationsfähigkeit eines Landes kein einfacher direkter Zusammenhang besteht, liegt daran, dass

das duale System durchaus auch Nachteile aus Innovationssicht aufweist. Bei tiefer greifenden beruflichen Änderungen, die etwa durch einen grundlegenden technologischen Wandel ausgelöst werden können, sind Absolventen des dualen Systems mitunter weniger flexibel, sich auf die neuen Anforderungen ein- und umzustellen. Absolventen eines weniger eng mit der betrieblichen Praxis verknüpften beruflichen Ausbildungssystems sowie Absolventen einer primär allgemein bildenden schulischen Ausbildung haben mitunter eine größere Flexibilität im Umgang mit neuen Herausforderungen erlernt.

Der Innovationsindikator 2012 findet sich zum Download unter: [www.zew.de/publikation6802](http://www.zew.de/publikation6802).

Dr. Christian Rammer, [rammer@zew.de](mailto:rammer@zew.de)

## Anhaltender Aufwärtstrend beim DAX und leichte Entspannung beim Ölpreis bis Mitte 2013

Die Analysten der deutschen Kreditwirtschaft sind zuversichtlich hinsichtlich der Entwicklung des DAX im Börsenjahr 2013. Das zeigen die aktuellen Ergebnisse des ZEW-Prognosetests, einer seit 2001 quartalsweise unter 20 deutschen Bankinstituten durchgeführten Umfrage des ZEW.

Zur Jahresmitte 2013 erwarten die am Prognosetest teilnehmenden Banken durchschnittlich einen Wert des Deut-

schen Aktienindex (DAX) von 7.839 Punkten. Die Spanne der Erwartungen liegt dabei zwischen 7.400 Punkten (Post-

bank) und 8.200 Punkten (UniCredit). Das Ergebnis der ZEW-Umfrage zeigt, dass viele Marktteilnehmer die Perspektiven am deutschen Aktienmarkt positiv beurteilen, obschon die Risiken insbesondere aufgrund der Schuldenkrise in der Eurozone fortbestehen.

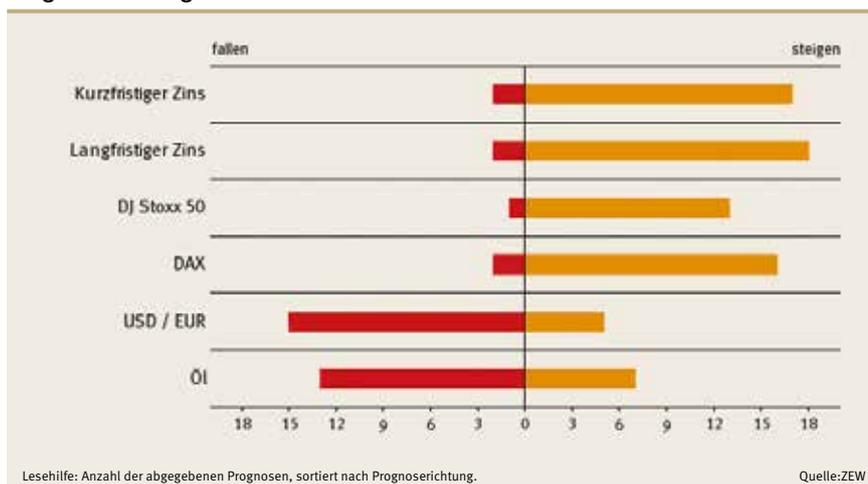
#### Vorerst kein weiterer Anstieg des Ölpreises erwartet

Beim Ölpreis signalisieren die Analysten der befragten Banken vorerst keinen weiteren Anstieg. Ihre Konsenserwartung liegt bei einem Preis von 110,76 US-Dollar pro Barrel Öl zur Jahresmitte 2013. Dabei reicht die Spanne der Erwartungen zwischen den befragten Instituten von 100 bis 120 US-Dollar pro Barrel.

Die langfristigen Zinsen in der Eurozone werden nach Ansicht der befragten Banken leicht steigen. Bei einem Stand von 1,36 Prozent zum Ende des Jahres 2012 wird ein Anstieg der Zinsen auf durchschnittlich 1,69 Prozent für Ende Juni 2013 erwartet.

Dr. Gunnar Lang, [lang@zew.de](mailto:lang@zew.de)

#### Prognoserichtung auf Sechs-Monats-Horizont



## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Die Nutzung von IKT begünstigt den Bezug von Vorleistungen aus dem Ausland

*Eine Studie des ZEW im Rahmen des EU-Projekts „Servicegap“ untersucht empirisch den Zusammenhang von Informations- und Kommunikationstechnologien und dem Import von Vorleistungen aus dem Ausland. Die Studie nutzt Informationen von rund 2.400 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors in Deutschland.*

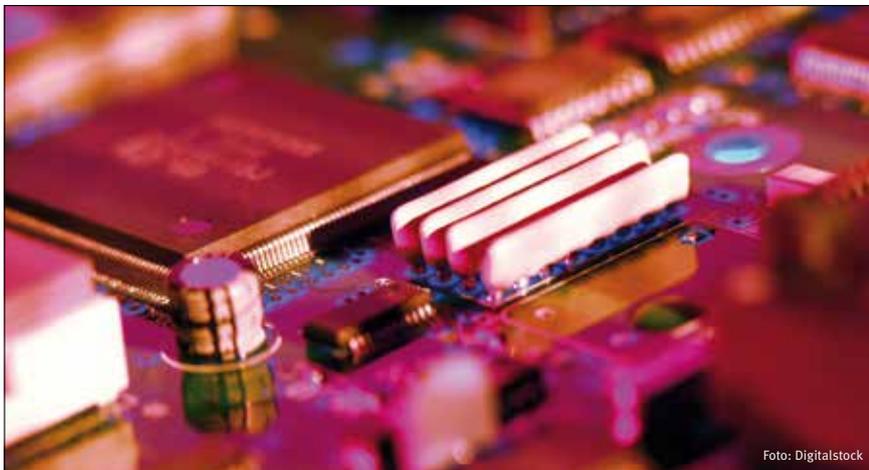


Foto: Digitalstock

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien machen es Unternehmen einfacher und günstiger, Vorleistungen aus dem Ausland zu beziehen.

Die Herstellung von Endprodukten und einiger Dienstleistungen findet heutzutage oft nicht mehr nur an einem Standort statt, sondern ist in globalen Wertschöpfungsketten organisiert. Diese Entwicklung zeigt sich darin, dass immer mehr Unternehmen Vorleistungen, entweder Zwischenprodukte oder Dienstleistungen, von Zulieferern aus dem Ausland beziehen. Der Auslagerungsprozess von Teilen der Produktions- und Wertschöpfungsaktivitäten ins Ausland wird als „Offshoring“ bezeichnet.

## Kostenreduktion beim Import von Vorleistungen

Ein zentraler Treiber für Offshoring sind moderne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). IKT haben das Potenzial, die mit dem Import von Vorleistungen verbundenen Kosten zu reduzieren, beispielsweise Kosten für die Kommunikation mit Zulieferern oder Lo-

gistikkosten. Insbesondere einige Dienstleistungen, die früher als nicht handelbar galten, sind durch die Entwicklung des Internet international handelbar geworden. Zu denken ist dabei etwa an die Softwareentwicklung oder an verschiedene Kommunikationsdienste.

## Detaillierte Datenbasis

Das ZEW-Discussion Paper Nr. 12-087 untersucht den Zusammenhang zwischen dem Import von Vorleistungen und der Nutzung von IKT auf Firmenebene. Dazu werden Unternehmensdaten mit detaillierten Informationen zu IKT verwendet und bei der Analyse zwischen verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungssektoren in Deutschland unterschieden. Komplexe Unternehmenssoftware, die Nutzung des Internets zur Bestellung bei Zulieferern, Investitionen in Hardware, Software und Telekommunikation sowie der Anteil der Beschäftigten, die überwie-

gend am Computer arbeiten, als ein Maß für die IKT-Intensität eines Unternehmens, gehen in die Analyse ein.

## Positiver Zusammenhang von Software und Offshoring

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, Vorleistungen zu importieren, um rund vier Prozentpunkte höher ist bei Unternehmen, die Software zum Management von Lieferanten-Beziehungen nutzen als bei Unternehmen, die eine solche Software nicht nutzen. Im verarbeitenden Gewerbe besteht darüber hinaus ein positiver Zusammenhang zwischen Offshoring und dem Anteil der Beschäftigten, die überwiegend am Computer arbeiten.

Dienstleistungsunternehmen importieren Vorleistungen eher, wenn sie Software zur Ressourcenplanung des Unternehmens nutzen sowie Produkte oder Dienstleistungen bei Zulieferern über das Internet bestellen. Außerdem erweisen sich die Offshoring betreibenden Unternehmen aus beiden Sektoren als produktiver und innovativer als Unternehmen, die keine Vorleistungen importieren: Eine höhere Arbeitsproduktivität sowie realisierte Produktinnovationen stehen in einem positiven Zusammenhang zum Bezug von Vorleistungen aus dem Ausland. So haben Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe eine um rund sechs und Dienstleistungsunternehmen eine um rund neun Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, Vorleistungen aus dem Ausland zu beziehen, wenn sie eine Produktinnovation realisiert haben. Die Ergebnisse weisen auf eine positive Beziehung zwischen IKT und Offshoring hin sowie auf einen Produktivitäts- und Innovationsvorteil von Unternehmen, die Vorleistungen importieren, gegenüber denen, die keine Vorleistungen von Auslandsmärkten beziehen.

Das Paper findet sich zum Download unter: [www.zew.de/publikation6857](http://www.zew.de/publikation6857)

Fabienne Rasel, [rasel@zew.de](mailto:rasel@zew.de)

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Überqualifikation von Hochschulabsolventen im Beruf variiert deutlich nach Studienfächern

Eine aktuelle Studie des ZEW untersucht, in welchem Ausmaß Hochschulabsolventen Tätigkeiten nachgehen, die keinen Hochschulabschluss erfordern. Vergleichsweise wenig verbreitet ist Überqualifikation bei Absolventen der sogenannten MINT-Fächer.

Staatliche Bildungsinvestitionen stellen in Deutschland den Großteil der Ausgaben für Hochschulbildung dar. Angesichts des Fachkräftemangels in bestimmten Bereichen und der Beschäftigung von Hochschulabsolventen in geringer qualifizierten Tätigkeiten stellt sich die Frage, inwieweit diese Investitionen wirtschaftlich sind. Mit der Adäquanz der Hochschulausbildung für die spätere Beschäftigung befasst sich das ZEW-Discussion Paper Nr. 12-075. Es nutzt eine Erhebung des Hochschul-Information-Systems (HIS) aus dem Jahr 2006. Hier wurden Absolventen fünf bis sechs Jahre nach Studienabschluss befragt, ob ihr Abschluss für ihre aktuelle Beschäftigung notwendig ist. Ist dies nicht der Fall, gelten die Absolventen als überqualifiziert.

Das Studienfach Medizin sowie die Lehramtsstudiengänge weisen mit Abstand die niedrigsten Raten an überqualifizierten Absolventen auf (vgl. Tabelle). Zwar unterscheiden sich diese Studiengänge dadurch, dass sie in erster Linie auf

Berufe vorbereiten, zu denen der Zugang durch Examina beschränkt ist. Das bedeutet aber nicht, dass Absolventen automatisch eine adäquate Beschäftigung finden, denn die Stellen sind begrenzt. Im Beobachtungszeitraum scheinen jedoch fast alle Absolventen dieser Studiengänge eine ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit gefunden zu haben.

## Noch Spielraum in den MINT-Fächern

Häufig wird die Erhöhung der Absolventenzahlen in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) gefordert. Mit Raten zwischen zehn und 16 Prozent fällt die Verbreitung von Überqualifikation in diesen Fächern insgesamt tatsächlich eher niedrig aus. Bei den weiblichen Ingenieuren und denjenigen mit Fachhochschulabschluss beträgt der Anteil Überqualifizierter allerdings immerhin knapp zwanzig Prozent. Verglichen mit Medizin und Lehramt besteht in den MINT-Fächern durch-

aus Spielraum, durch eine bessere Eingliederung der Absolventen in hochqualifizierte Beschäftigung dazu beizutragen, offene Stellen zu besetzen. Die Zahlen sprechen dennoch dafür, dass MINT-Absolventen vergleichsweise stark nachgefragt sind. So ist der Anteil der Überqualifizierten in den Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften mit über einem Viertel deutlich höher.

## Frauen häufiger überqualifiziert

Überraschen mag der hohe Anteil der überqualifizierten Wirtschaftswissenschaftler, da diese Fachrichtung gemeinhin als stark nachgefragt gilt. Dreißig Prozent der weiblichen Absolventen der Wirtschaftswissenschaften und fast vierzig Prozent derer mit einem FH-Abschluss geben an, überqualifiziert für ihre Tätigkeit zu sein. Frauen sind in allen anderen Fachrichtungen außer den Rechtswissenschaften häufiger überqualifiziert als Männer. Die Ergebnisse bestätigen nicht die Vermutung, überqualifizierte Beschäftigung von Frauen mit Hochschulabschluss hänge überwiegend mit der Wahl bestimmter Studienfächer zusammen.

Daniel Erdsiek, erdsiek@zew.de  
Marianne Saam, saam@zew.de

## Anteil überqualifizierter Hochschulabsolventen

Studienfach	alle Absolventen	Männer	Frauen	Universität	Fachhochschule
Medizin	1,0%	0,0%	1,5%	1,0%	k.A.
Lehramt	2,4%	1,8%	2,6%	2,4%	k.A.
Rechtswissenschaften	9,5%	10,2%	8,8%	9,5%	k.A.
Mathematik, Naturwissenschaften, Informatik, Technik	9,6%	8,1%	11,2%	7,8%	18,2%
Ingenieurwissenschaften	16,2%	13,3%	19,6%	11,3%	18,8%
Sozial-, Erziehungswissenschaften, Psychologie	26,4%	24,6%	26,9%	29,5%	21,6%
Geisteswissenschaften, Kunst	27,6%	20,0%	31,5%	26,3%	39,4%
Wirtschaftswissenschaften	28,0%	25,8%	30,5%	19,8%	39,3%
Sonstige Fächer	24,7%	22,0%	25,6%	21,3%	32,3%
Gesamt	16,4%	14,1%	18,1%	13,1%	22,9%

Lesehilfe: 1 Prozent aller befragten Absolventen im Fach Medizin arbeiten in einer Beschäftigung, für die in der Regel kein Hochschulabschluss erforderlich ist. 13,3 Prozent aller befragten männlichen Absolventen von Ingenieurwissenschaften sind in ihrer Tätigkeit überqualifiziert.  
Quelle: HIS-Absolventenbefragung, 2006

Nachgefragt: Schaffen wir die Energiewende?

## Lob zum Stand bei den erneuerbaren Energien – Kritik beim Thema Versorgungssicherheit

*Mitte Dezember 2012 veröffentlichte die Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ ihre erste Stellungnahme zum Sachstandsbericht zur Energiewende der Bundesregierung. Prof. Dr. Andreas Löschel, Vorsitzender der Expertenkommission und Forschungsbereichsleiter am ZEW, erläutert die Befunde.*

### Wie fällt die Bewertung des Monitoring-Berichtes aus?

Die Umsetzung des Monitoring-Prozesses in Form des ersten Monitoring-Berichtes durch die Bundesregierung sowie der erstellten Indikatorik sind grundsätzlich zu begrüßen. So werden zentrale Aspekte der Energiewende sowie die Zielerreichung etwa im Bereich der erneuerbaren Energien oder der Reduzierung der Treibhausgasemissionen gut dargestellt. Was wir allerdings vermissen, sind Bewertungen der einzelnen Entwicklungen und der Energiewende als Gesamtkomplex. Darüber hinaus geben wir eine wissenschaftliche Einordnung des Berichtes sowie Anregungen zur Verbesserung des Prozesses. Wir halten es beispielsweise für sinnvoll, eine geringere Anzahl von Indikatoren als Leitindikatoren zu nutzen, um die Entwicklungen kompakt darzustellen. Diese fußen dann auf einem breiteren, ebenfalls öffentlich zugänglichen Indikatorensystem mit weitergehenden Kennzahlen. Zur Reduktion von Komplexität und der Ableitung von Politikempfehlungen sind möglichst aggregierte Leitindikatoren zu verwenden. Der derzeitige Monitoring-Bericht enthält knapp 50 Indikatoren, die ohne eine passende Einordnung schwer zu interpretieren sind.

**Die Expertenkommission schlägt vor, die Ziele der Energiewende zunächst einzuordnen. Wie sollte diese Einordnung aussehen?**

Wir sehen die Energiewende durch zwei Oberziele geprägt: die Reduzierung der Treibhausgasemissionen und den Ausstieg aus der Kernenergie. An den Oberzielen sollte nicht gerüttelt werden. Deutschland hat nun einen spezifischen

Weg gewählt, um diese Ziele zu erreichen. Dieser Weg wird durch weitere, flexible Unterziele etwa in den Bereichen Energieeffizienz oder den erneuerbaren Energien flankiert. Das energiepolitische Zieldrei-

temintegration und ein Abgleich mit den Entwicklungen bei den Netzen und langfristig auch den Speichern verstärkt werden. Im Verkehrs- und Wärmebereich sind die Dynamiken deutlich geringer und die Entwicklungen sind deshalb weitergehend zu überprüfen. Bei der Energieeffizienz sehen wir drei Baustellen: Die Erreichung des Ziels zur Reduzierung des Stromverbrauchs, die Entwicklungen im Raumwärmebereich sowie im Verkehrsbereich. Insgesamt geht es aber weniger

Die Bundesregierung will den Stand der Energiewende regelmäßig prüfen lassen. Dazu hat sie den **Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“** beschlossen. Einer Kommission von Energieexperten kommt die Aufgabe zu, die jährlichen Sachstandsberichte der Bundesregierung kritisch zu begleiten. Vorsitzender der Expertenkommission ist Prof. Dr. Andreas Löschel, Leiter des Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ am ZEW. Weitere Mitglieder der Expertenkommission sind Prof. Dr. Georg Erdmann von der Technischen Universität Berlin, Prof. Dr. Frithjof Staiß vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg sowie Dr. Hans-Joachim Ziesing, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen. **Die Stellungnahme zum ersten Monitoring-Bericht** der Bundesregierung für das Berichtsjahr 2011 findet sich unter: [www.zew.de/Stellungnahme\\_Expertenkommission\\_2012](http://www.zew.de/Stellungnahme_Expertenkommission_2012)

eck aus Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit gilt als zentraler Bewertungsmaßstab dieser Unterziele. Erweist sich das Erreichen eines Unterziels als ökonomisch, ökologisch oder sozial schwierig, so ist das Zieltabelleau anzupassen.

**Wie bewertet die Expertenkommission die Entwicklungen bei den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz im Berichtsjahr 2011?**

Die Entwicklung der erneuerbaren Energien verläuft bislang in allen Sparten erfolgreich. So haben die Erneuerbaren im Strombereich eine hohe Ausbaudynamik, die allerdings mit entsprechenden Kostenwüchsen vor allem durch die Photovoltaik und Offshore-Windenergie verbunden ist. Hier muss künftig die Sys-

darum, neue Maßnahmen und Instrumente zu suchen, sondern vorhandene Maßnahmen zieladäquat auszugestalten.

**Die Auswirkungen der Energiewende sind bereits spürbar geworden, etwa durch die Diskussion über Versorgungsengpässe im Winter 2011/2012 sowie der Ausweitung der Eingriffsmöglichkeiten der Bundesnetzagentur. Wie steht es nun mit der Versorgungssicherheit?**

Die Expertenkommission schätzt die Situation der Versorgungssicherheit eher kritisch ein. So sind zwar bis zum Jahr 2015 noch positive Entwicklungen bei den Kraftwerkskapazitäten zu erkennen, allerdings muss die Leistungsbilanz darüber hinaus im Auge behalten werden. Vor allem in Süddeutschland sind zukünftig Versorgungsengpässe zu erwarten. Als

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Ausgleich könnten hier abschaltbare Lasten, Speicher sowie der Ausbau der Netze wirken. Im Bereich des beschleunigten Ausbaus der Übertragungsnetze gibt es allerdings Verzögerungen, die eine belastbare Beurteilung erschweren. Zu begrüßen sind hier die Bemühungen der Bundesregierung im Rahmen des Netzentwicklungsplanes. Aber auch die Versorgungsinfrastruktur von Erdgas muss im Blickfeld liegen, hier traten im vergange-

nen Winter ebenfalls Probleme in Süddeutschland auf.

#### Welche Belastungen der Energiewende ergeben sich nach Ihrem Dafürhalten für die Endverbraucher?

Im Bereich der Wirtschaftlichkeit steht eine effiziente Bereitstellung von Energie im Vordergrund. Diese ist im heutigen Energiesystem Deutschlands, aber auch bei den künftig angedachten Maßnahmen häufig nicht zu erkennen. Die Instrumen-

te der Energiewende müssen effizient und effektiv ausgestaltet sein. Konkrete Belastungen durch die Energieversorgung können anhand einer aggregierten Sichtweise der Ausgaben analysiert werden. Einzelne Bestandteile lenken vom großen Ganzen der Energiewende ab. So zeigen unsere Berechnungen anhand der Ausgaben der Letztverbraucher für Elektrizität, dass die Belastungen bei einem Anteil von 2,5 Prozent am nominalen Bruttoinlandsprodukt etwa auf dem Niveau wie im Jahr 1991 liegen. Allerdings haben sich die Ausgaben in den letzten Jahren nominal verdoppelt und zukünftig ist in vielen Bereichen mit Steigerungen zu rechnen. Aber die Energiewende ist mehr als nur eine Stromwende, So ebenfalls die Belastungen durch die Preissteigerungen der fossilen Energieträger wie Öl und Gas in den Blick zu nehmen. Vor diesem Hintergrund müssen im Wärme- und Verkehrsbereich zukunftsfähige Entwicklungen angestoßen und umgesetzt werden.

Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de

**Prof. Dr. Andreas Löschel** leitet den Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement am ZEW. Ferner ist er Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg und Vorsitzender der Expertenkommission, die im Auftrag der Bundesregierung regelmäßig den Sachstand bei der Energiewende beurteilt. Löschel fungiert als Leitautor für den 5. Sachstandsbericht (2010-2014) des Weltklimarates (IPCC). Seine Forschungsinteressen liegen in der internationalen Umweltökonomie, insbesondere der Energiepolitik.



Foto: ZEW

## ZEW INTERN

### EU-Energiekommissar Oettinger zu Gedankenaustausch über die Energiepolitik in Europa am ZEW

EU-Energiekommissar Günther Oettinger besuchte Mitte Januar 2013 das ZEW in Mannheim. Im Rahmen eines Roundtable-Gesprächs diskutierte er mit Persönlichkeiten aus Unternehmen und Politik der Metropolregion Rhein-Neckar sowie Wissenschaftlern des ZEW über die weitere Gestaltung der Energiepolitik in Deutschland und Europa. Mit seiner Einladung an den Energiekommissar wollte das ZEW eine weitere Gelegenheit schaffen, um im konstruktiven Dialog mit den Spitzen der EU-Kommission Anregungen und Ideen in die europäische energiepolitische Diskussion einzuspeisen. Günther Oettinger nutzte seinen Besuch auch, um sich von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz zu verabschieden, der Ende Februar 2013 als ZEW-Präsident ausscheiden wird. Im Mittelpunkt der Roundtable-Diskussion standen die Herausforderungen, denen Europa und Deutschland in den Bereichen Energie und Klimaschutz in den kommenden Jahren gegenüberstehen.

Über die Wege zur weiteren Realisierung eines effizienten und flexiblen europäischen Energiebinnenmarktes zur Gewährleistung einer erschwinglichen und sicheren Energieversorgung wurde ebenso ge-

sprochen, wie über den Stand der Energiewende in Deutschland. Hierzu informierte Prof. Dr. Andreas Löschel, Vorsitzender der Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“.



EU-Energiekommissar Günther Oettinger (Mitte) diskutierte am „runden Tisch“ des ZEW mit Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft der Metropolregion Rhein-Neckar.

# Agenda 2030 – Reformen zwischen objektiver Notwendigkeit und individueller Verweigerung

*Deutschland steht unter Reformdruck, will es weiterhin wettbewerbsfähig bleiben und den Wohlstand seiner Bürger aufrechterhalten. Dieser Beitrag zeigt zu Beginn des Bundestagswahljahrs wichtige Reformbereiche auf, analysiert, wie die Bevölkerung zu Reformen steht, und macht Vorschläge, um die Menschen für Reformen zu gewinnen.*

Obwohl Deutschland vor allem aufgrund seiner zurückliegenden Reformen heute ökonomisch in einer vergleichsweise guten Verfassung ist, bleiben Reformen in vielen Fällen unbeliebt und politisch umstritten. Gleichzeitig hat sich bei Wählern und Politikern eine deutliche Reformmüdigkeit ausgebreitet, die im Gegensatz zu den Notwendigkeiten steht.

## Reformen sind dringend geboten

Der demographische Wandel, der Klimawandel und der Zustand der öffentlichen Finanzen machen weitere Reformen unabdingbar. Eine breit angelegte Untersuchung im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen schlägt vor diesem Hintergrund vor, dass auf die unter dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeleitete Agenda 2010 eine neue „Agenda 2030“ folgen sollte.

Die Untersuchung analysiert, wie die Menschen zu Reformen in den folgenden Bereichen stehen: Sicherung der Quantität und Qualität des Arbeitsangebots unter Einbeziehung einer modernen Einwanderungspolitik, beständige Fortentwicklung einer leistungsfähigen Infrastruktur, Gewährleistung eines günstigen Umfelds für Innovationen und Entwicklung und Akzeptanz neuer Technologien sowie fiskalische Konsolidierung. Letztere beinhaltet Anpassungen unrealistischer Zahlungsverprechungen der sozialen Sicherungssysteme und eine leistungs- und wachstumsfreundliche Steuerpolitik. Gleichzeitig gilt es, bisherige Errungenschaften, wie etwa die Offenheit der deutschen Volkswirtschaft und die erzielten Reformfolge am Arbeitsmarkt, in der Steuerpolitik oder in der Rentenpolitik, zu verteidigen und auszubauen.

Die im Rahmen der Untersuchung gefundenen Ergebnisse beruhen auf einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, die das ZEW in Zusammenarbeit mit Forsa durchgeführt hat. Im Rahmen der Erhe-



Das Vertrauen der Menschen in Politik und Wirtschaft ist teilweise erschüttert. Das ist problematisch, denn Vertrauen ist eine wichtige Determinante der Reformbereitschaft.

bung wurden zunächst Einstellungen der deutschen Wahlbevölkerung erfasst, die als mögliche Einflussfaktoren der Reformbereitschaft gelten. Es zeigt sich ein mitunter geringes Vertrauen in Mitmenschen, die Politik und Teile der Wirtschaft. Allerdings kann nicht von einem generellen Vertrauensverlust in der deutschen Bevölkerung die Rede sein. Insbesondere familiengeführte Unternehmen scheinen großes Vertrauen zu genießen. Dies steht in deutlichem Kontrast zur Einstellung gegenüber der Politik und den internationalen Konzernen.

Im Bereich der Arbeitsmärkte wurde die Einstellung der Befragten zu allge-

meinverbindlichen Mindestlöhnen sowie einer Lockerung des gesetzlichen Kündigungsschutzes analysiert. Es zeigt sich, dass eine klare Mehrheit der Deutschen die Einführung eines branchenübergreifenden Mindestlohns befürwortet.

## Keine Lockerung beim Kündigungsschutz gewollt

Eine Lockerung des gesetzlichen Kündigungsschutzes für Arbeitnehmer stößt

wiederum nur bei etwa einem Fünftel der Befragten auf Zustimmung. Offenbar sind die Bedenken von Ökonomen hinsichtlich negativer Beschäftigungswirkungen von gesetzlichen Mindestlöhnen und einem umfangreichen Kündigungsschutz in der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt oder sie werden nicht geteilt. Diese Perzeption der Beschäftigungswirkungen liefert auch eine Erklärung für die hohe Popularität von Mindestlöhnen und einem umfangreichen gesetzlichen Kündigungsschutz: Personen, die dadurch Arbeitsplätze gefährdet sehen, stehen diesen Politiken eher skeptisch gegenüber. Daneben sind auch die generellen wirtschaftspoliti-

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

schen Einstellungen entscheidend: Personen, die Einkommensunterschiede als wesentliche Leistungsanreize ansehen sowie allgemein keine politischen Eingriffe in die Wirtschaft wünschen, bevorzugen tendenziell eher eine liberale Arbeitsmarktpolitik.

### Einstellungen zu Reformen im Gesundheitswesen

Neben den arbeitsmarktpolitischen Einstellungen wurde die Akzeptanz von Gesundheitsreformen näher untersucht. Hier zeigte sich, dass innerhalb der Wahl-

quo und einer höheren Akzeptanz von Beitragserhöhungen einher.

Die Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland stellt eine erhebliche politische Herausforderung dar. Für erfolgreiche Konsolidierungsbemühungen ist die Unterstützung durch die Wähler wesentlich. Grundsätzlich deuten die Umfrageergebnisse darauf hin, dass eine Mehrheit der Deutschen einen Abbau der Neuverschuldung befürwortet. Als relevanter Einflussfaktor der individuellen Präferenz für eine Begrenzung der Neuverschuldung erweist sich erneut das Vertrauen. So erhöht beispielsweise ein aus-

land sei ökonomisch unverwundbar geworden und befände sich beinahe schon in einer perfekten Verfassung. Des Weiteren gilt es, die abstrakte Reformbereitschaft vieler Menschen zu nutzen, um Grundentscheidungen zu treffen, die den Reformdruck dauerhaft erhöhen. Hier sind etwa Referenden über schärfere Schuldengrenzen in den Landesverfassungen zu empfehlen. Darüber hinaus kommt der Verbesserung der ökonomischen Allgemeinbildung und einer höheren Kostentransparenz eine wichtige Rolle zu. Traditionelle Ansatzpunkte sind etwa die Aufwertung von Wirtschaftsthemen in den Lehrplänen allgemeinbildender Schulen oder eine bessere Journalisten-Ausbildung. Im Hinblick auf ein verbessertes Kostenbewusstsein und sachlichere Wahlkämpfe ist eine in den Niederlanden verfolgte Praxis empfehlenswert. Dort analysiert das Centraal Planbureau (CPB) regelmäßig im Wahlkampf die Programme der wichtigsten Parteien und präsentiert Abschätzungen, wie sich die Maßnahmen auf die Budgetsituation auswirken würden. Diese Analyse deckt auf, wenn Parteien Konzepte vorlegen, die nicht konsistent mit den angeblich verfolgten Konsolidierungszielen sind.



Foto: iStockphoto

Dass Reformen etwa im deutschen Gesundheitssystem notwendig sind, haben die Bürger erkannt. Höhere Kosten oder Leistungsabbau werden aber abgelehnt.

bevölkerung ein deutliches Bewusstsein für die Notwendigkeit grundlegender Reformen des deutschen Gesundheitssystems vorherrscht. Dennoch ist die Bereitschaft gering, Leistungskürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung oder eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge hinzunehmen. Neben den individuellen Merkmalen der Befragten wird unter anderem deren Wissen über die Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung als Erklärungsfaktoren herangezogen. Es zeigt sich, dass ein schlechter Informationsstand den Reformwiderstand begünstigt. Auch das Vertrauen in die Mitmenschen und verschiedene Akteure in Politik und Wirtschaft hat einen Einfluss auf die gesundheitspolitischen Präferenzen der Bürger. So geht ein hohes Maß an Vertrauen in die Regierung mit einer geringeren Präferenz für den Status

geprägtes Vertrauen in die Politik die Unterstützung für einen Abbau der öffentlichen Neuverschuldung.

### Was tun gegen Reformmüdigkeit?

Die skizzierten Ergebnisse deuten darauf hin, dass es um die Durchsetzbarkeit einer „Agenda 2030“ derzeit insgesamt nicht gut bestellt ist. Die Situation ist durch die fragwürdige Wahrnehmung gekennzeichnet, Deutschland sei inzwischen ökonomisch fast schon unverwundbar. Diese (falsche) Wahrnehmung lässt die Bereitschaft der Bevölkerung zu unbequemen Veränderungen merklich schwinden.

Wie kann der Reformmüdigkeit der Deutschen entgegen gewirkt werden? Zunächst müssen Politik und Medien die irri- ge Wahrnehmung korrigieren, Deutsch-

### Verlust von Vertrauen in die Politik

Der Zusammenhang zwischen Vertrauen und Reformbereitschaft der Bürger durchzieht wie ein roter Faden die Ergebnisse über alle in dieser Studie betrachteten Politikfelder. Der massive Vertrauensverlust in die politische Klasse generell führt dazu, dass die Regierenden selbst bei wohl begründeten Reformvorhaben auf großes Misstrauen stoßen, weil mit diesen Reformen möglicherweise irgendetwelche Sonderinteressen bedient werden. Der aktuelle Bundestagswahlkampf bietet eine erste Chance, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen – durch Verzicht auf nicht einhaltbare Wahlkampfversprechen und ehrliche ökonomische Bestandsaufnahmen.

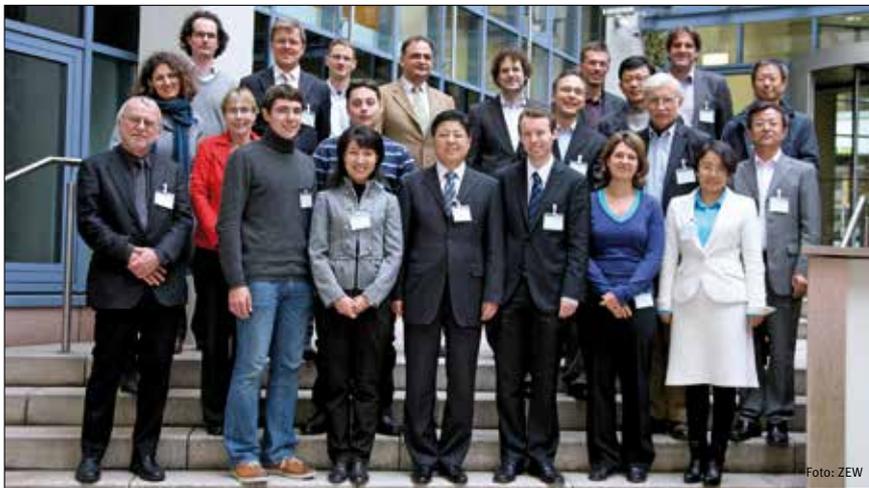
PD Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

Der Beitrag basiert auf einer Studie des ZEW im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen. Die Studie „Der Weg zu einer Agenda 2013“ findet sich unter: [www.zew.de/publikation6816](http://www.zew.de/publikation6816)

## KONFERENZEN

## Konferenz zu Emissionshandelssystemen in Europa, Asien und Australien am ZEW

Das ZEW veranstaltete mit der Australian National University (ANU) am 12. und 13. November 2012 in Mannheim die Konferenz „The Rise of Emissions Trading in Asia: Established Principles – Novel Practices“. Rund 30 internationale Experten tauschten ihre Meinungen über die aktuellen globalen Trends im Aufbau von Emissionshandelssystemen aus.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der internationalen Konferenz zu Emissionshandelssystemen am ZEW.

Ziel der Konferenz war es, Entwicklungen und Wirkungsweisen bereits existierender Emissionshandelssysteme sowie die entstehenden Ansätze in China, Südkorea und Australien zu diskutieren. Einleitend erläuterten Regina Betz (University of New South Wales), Frank Jotzo (ANU) und Andreas Löschel (ZEW) die grundlegenden Prinzipien des Handels mit Emissionsrechten anhand des Europäischen Emissionshandelssystems (EU-EHS) und des geplanten Australischen Emissionshandelssystems. Die Forschungsergebnisse erlaubten den Experten rückblickend auf die ersten beiden Handelsperioden des EU-EHS Rückschlüsse über dessen Wirkungsweise zu ziehen.

Im Folgenden rückte der Fokus auf die asiatischen Ansätze zur Regulierung von Treibhausgasen. Während Zhang Xiliang (Tsinghua University) einleitend einen Überblick über die nationalen Pläne Chinas gab, stellten Qing Tong (Tsinghua University), Wu Libo (Fudan University) und

Qi Shaozhou (Wuhan University) die lokalen Pilotprojekte zum Emissionshandel in den Städten Peking und Shanghai so-

wie der Provinz Hubei vor. Yong Gun Kim (Korea Environment Institute) und Hojeong Park (Korea University) gaben einen Überblick über das geplante koreanische Emissionshandelssystem und ergänzende Politikinstrumente. Mit Hilfe von Ex-ante-Studien zeigten sie die gesamtwirtschaftliche Wirkung des Systems auf.

Christian De Perthuis (Université Paris-Dauphine) sprach über die dritte Handelsperiode des EU-EHS. Denny Ellerman (MIT, European University Institute) diskutierte mögliche Perspektiven für die Zukunft einer globalen Regulierung des Treibhausgas-Ausstoßes auf Basis einer Verknüpfung regionaler Emissionshandelssysteme. Abgerundet wurde die Konferenz durch eine Rede von Ministerialrat Dirk Weinreich (Bundesministerium für Umwelt), der die Anstrengungen in Asien als wegweisenden Impuls für die Zukunft der internationalen Klimapolitik wertete.

Die Konferenz wurde im Rahmen des von der Robert Bosch Stiftung geförderten Projekts „Sustainable Partners – Partners for Sustainability: Emerging Emission Trading Schemes in the People’s Republic of China“ durchgeführt.

Benjamin Lutz, lutz@zew.de

## ZEW INTERN

### Umweltminister Franz Untersteller zu Gedankenaustausch am ZEW

Franz Untersteller, Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg, besuchte Mitte Januar das ZEW. Begrüßt wurde er vom Präsidenten des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, und dem kaufmännischen Direktor, Thomas Kohl. Der Minister informierte sich bei seinem Besuch über die Forschungsarbeit und hierbei vor allem über die Energie-, Klima- und Umweltforschung. Auf diesem Gebiet kommt dem ZEW in der umweltökonomischen Politikberatung in Europa eine führende Rolle zu. Zu diesen Themen informierte Umweltökonom Prof. Dr. Andreas Löschel.



Umweltminister Franz Untersteller und ZEW-Präsident Wolfgang Franz (von links).

## ZEW INTERN

## Promotionen am ZEW

Die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dem ZEW ein großes Anliegen. Im Jahr 2012 wurden zahlreiche Promotionen am ZEW abgeschlossen. Unser Dank geht an die Betreuer der Arbeiten, besonders an den Erstgutachter.

## Promotionen seit Januar 2012

**Sarah Borgloh**, „Charitable Giving, Taxes and Fundraising“, Prof. Dr. Berthold U. Wigger, Universität Karlsruhe (TH).

**Christian Dick**, „Essays on Expectations in Financial Markets“, Prof. Dr. Lukas Menkhoff, Leibniz Universität Hannover.

**Daniel Dreßler**, „Five Empirical Essays on Taxation“, Prof. Dr. Christoph Spengel, Universität Mannheim.

**Philipp Eisenhauer**, „Essays in the Econometrics of Policy Evaluation“, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Universität Mannheim.

**Benjamin Engelstätter**, „Enterprise Software and Video Games: An Empirical Analysis“, Prof. Dr. Pierre Mohnen, Universität Maastricht.

**Jost Henrich Heckemeyer**, „Die Wirkungen der Besteuerung auf unternehmerisches Verhalten – Mikrosimulation und Meta-Analysen“, Prof. Dr. Lars Feld, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

**Peter Heindl**, „Environmental Regulation by Prices and Quantities: Transaction Costs, Institutions and Industrial Organi-

zation“, Prof. Dr. Wolfgang Buchholz, Universität Regensburg.

**Julia Horstschräer**, „Empirische Studien zur Elementar- und Hochschulbildung“, Prof. Dr. Patrick Puhani, Leibniz Universität Hannover.

**Gunnar Lang**, „Macro Attractiveness and Micro Decisions in the Mutual Fund Industry – An Empirical Analysis“, Prof. Dr. Henry Schäfer, Universität Stuttgart.

**Verena Niepel**, „Essays on Skills, School Choice and Their Long-Term Consequences“, Prof. Dr. Markus Frölich, Universität Mannheim.

**Michael Schymura**, „Norms and the Development of New Knowledge as Determinants of Climate Policy – Theoretical Considerations and Empirical Evidence“, Prof. Dr. Wolfgang Buchholz, Universität Regensburg.

**Andreas Sachs**, „Unbedingte und bedingte institutionelle Effekte auf Arbeitslosigkeit: Ein bayesianischer Model Averaging Ansatz“, Prof. Dr. Werner Smolny, Universität Ulm.

**Vigen Nikogosian**, „Competition and Regulation in the Energy Markets“, Prof. Dr. Jürgen Weigand, Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung (WHU) – Otto Beisheim School of Management.

**Benedikt Zinn**, „Tax Accounting in Germany“, Prof. Dr. Christoph Spengel, Universität Mannheim.

## Forschungsdatenzentrum des ZEW geht an den Start

Ab sofort stellt das ZEW eigene Forschungsdaten für die externe wissenschaftliche Nutzung über das neue ZEW-Forschungsdatenzentrum (ZEW-FDZ) bereit. Wissenschaftler aus Hochschulen und anderen Forschungsinstituten können auf ein hochwertiges Datenangebot zurückgreifen, das vom ZEW seit Jahren aufgebaut und gepflegt wird.

Im November 2012 hat der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) dem ZEW eine hohe Qualität beim Zugang zu seinen Forschungsdatensätzen für externe Wissenschaftler bescheinigt und das neue ZEW-Forschungsdatenzentrum (ZEW-FDZ) akkreditiert. Somit können externe Wissenschaftler ab sofort im ZEW-FDZ auf verschiedene Mikrodaten für die wissenschaftliche Nutzung zugreifen. Die Daten stammen aus ZEW-Befragungen wie etwa dem Mannheimer Innovationspanel (MIP) oder der ZEW-IKT-Umfrage. Externe Wissenschaftler können einen Antrag zur Nutzung von ZEW-Forschungsdaten stellen, mit denen sie dann in dem FDZ-Raum des ZEW arbeiten können. Daneben stellt das ZEW-FDZ externen Wissenschaftlern einige ZEW-Forschungsdaten in einer anonymisierten Form als Scientific-Use-Files zur Verfügung. Diese können auch außerhalb des ZEW genutzt werden.

Nähere Informationen finden sich unter: [www.zew.de/zew-fdz](http://www.zew.de/zew-fdz)

## Weihnachtsüberraschung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ZEW für Kinder des Wespinstifts

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEW haben eine kleine Weihnachtsfeier für Kinder und Jugendliche des Mannheimer Wespinstifts organisiert. Am 17. Dezember kamen rund 30 Kinder und Jugendliche, die in der Betreuungseinrichtung leben, zur Bescherung ans ZEW. Bei Apfelpunsch und Christstollen übergaben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEW den kleinen und auch größeren Gästen Geschenke, die sich diese zuvor gewünscht hatten. Die Kinder und Jugendlichen bedankten sich auf ihre Art – mit Weihnachtsliedern und Gedichtvorträgen. Die Aktion fand auf Initiative der Beschäftigten des ZEW statt.



Foto: ZEW

DATEN UND FAKTEN

### ZEW-Finanzmarkttest im Januar 2013



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

#### EZB: Gleichbleibende Teuerung erwartet

Seit Dezember hat sich die jährliche Inflationsrate der Konsumentenpreise im Euroraum bei 2,2 Prozent stabilisiert. Damit befindet sie sich in der Nähe des Zielbereichs der EZB von knapp unter 2,0 Prozent. Den vom ZEW befragten Finanzmarktexperten zufolge dürften sich die Preise im kommenden halben Jahr in etwa mit gleicher Geschwindigkeit entwickeln. Hierauf deutet der Saldo der Inflationserwartungen im Euroraum hin. Dieser steigt im Vergleich zum Dezember 2012 um 9,8 Punkte und steht nun bei minus 0,4 Punkten.

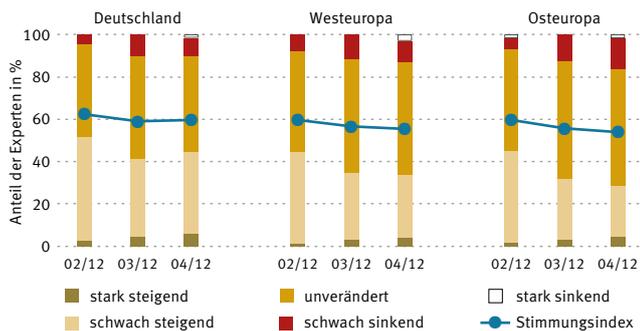
Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

#### Eurozone: Konjunkturerwartungen klar verbessert

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone auf Sicht von sechs Monaten haben sich im Januar 2012 erneut erheblich verbessert. Der entsprechende Saldo steigt um 23,6 Punkte auf 31,2 Punkte und deutet somit auf eine zunehmende konjunkturelle Dynamik hin. Hierzu dürfte beigetragen haben, dass sich die Unsicherheit der Märkte bezüglich der Zukunft der Eurozone vorerst reduziert hat. Allerdings wird die aktuelle konjunkturelle Lage trotz einer leichten Verbesserung mit einem Stand von minus 75,3 Punkten weiterhin als schlecht eingeschätzt.

Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

#### Die KEP-Dienste haben im Inland weiterhin gut zu tun

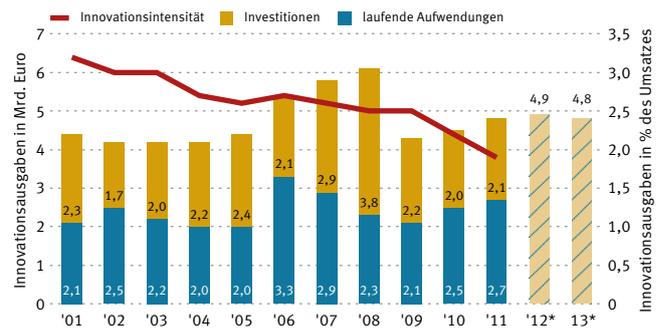


Quelle: ZEW

Parallel zur Ausweitung und Beschleunigung von Informationsflüssen nimmt auch der physische Strom schneller Transporte zu: Die Kurier-, Express- und Paketdienst-Branche (KEP) ist seit Jahren ein Wachstumsmarkt. Nach Einschätzung der Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW wird dies auch im nächsten halben Jahr so bleiben – vor allem im Inlandverkehr. Bei keinem anderen Teilmarkt des TransportmarktBarometers liegt der Stimmungsindex mit aktuell nahezu 60 Punkten so hoch wie hier. Mit 45 Prozent steigenden Erwartungen liegt diese Einschätzung so hoch wie die unveränderter Mengen.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

#### Innovationsausgaben der deutschen Metallindustrie bleiben unter Vorkrisenniveau



\* Planzahlen Frühjahr/Sommer 2012

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Innovationsausgaben der Unternehmen der Metallerzeugung und -bearbeitung bleiben weiterhin unter dem hohen Niveau der Jahre 2006 bis 2008. Damals wurden pro Jahr zwischen 5,5 und 6,1 Milliarden Euro für die Entwicklung und Einführung neuer Produkte und Prozesse bereitgestellt. Mit der Wirtschaftskrise wurden die Innovationsbudgets auf 4,2 Milliarden Euro im Jahr 2009 gekürzt. Seither stiegen sie nur leicht an und werden 2012 voraussichtlich unter 5 Milliarden bleiben. Für 2013 ist kein weiterer Anstieg vorgesehen. Die Innovationsintensität ist 2010 und 2011 stark zurückgegangen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

## STANDPUNKT



## Europa

Mein letzter Standpunkt als Präsident des ZEW, bevor ich am 28. Februar 2013 ausscheide, beschäftigt sich mit Europa. Nicht nur um dem „E“ im ZEW Tribut zu zollen, sondern in erster Linie, weil ich mir um Europa Sorgen mache. So wie derzeit sollte es nicht

weitergehen. Vielmehr gilt es einerseits, dem herrschenden Verdross über das institutionelle Gefüge beispielsweise der Europäischen Union (EU) entgegen zu treten, andererseits sich jedoch nicht überzogenen Erwartungen oder gar Visionen hinzugeben.

Der angesprochene Missmut steht nur scheinbar im Widerspruch zur Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU. Die Dankesreden der führenden Repräsentanten der EU, Barroso und van Rompuy, würdigten nämlich hauptsächlich die Leistungen der Gründerväter der EU und die Architekten der europäischen Einigung der vergangenen Jahrzehnte, also wenn man so will, in etwa die erste und zweite Generation. Stimmt mithin der Vergleich mit den drei Generationen der Buddenbrooks und stehen wir an der Schwelle der dritten Generation, welche das großartige Aufbauwerk in sich zusammenfallen lässt?

Diese Gefahr ist jedenfalls nicht zu übersehen. Wer heutzutage an die EU-Kommission denkt, dem kommen oft als allererstes Bürokratie und Geschacher in den Sinn. Dies beginnt mit einer kleinteiligen Regelungswut und endet mit ausgiebigen Spekulationen in den Medien, aber zuweilen von den Politikern selbst, wer denn nach wichtigen Sitzungen auf EU-Ebene als Sieger und wer als Verlierer zu gelten hat. Natürlich ist es legitim, die Interessen des eigenen Landes einzubringen, indes doch nicht koste was es wolle, frei nach dem Motto „I want my money back“ (David Cameron, Entschuldigung, ich meinte Margret Thatcher). Politiker, die sich so gerieren, dürfen sich über Europa-Müdigkeit eigentlich nicht beschweren.

Zu der EU-Verdrossenheit trägt des Weiteren das gegenseitige Misstrauen bei, von anderen Regierungen über den Tisch gezogen zu werden, wofür die Diskussionen über die Währungsunion beredt Zeugnis ablegen. Gewiss: Diesbezügliche Verträge sind mehrfach gebrochen und der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist im Jahr 2003 entscheidend geschwächt worden, wohl gemerkt auf Betreiben Deutschlands und Frankreichs. Aber: Aus diesen schlechten Erfahrungen hat die Politik Lehren gezogen

und eine Reihe sanktionsbewehrter Regeln vereinbart. Bei aller berechtigten Skepsis über deren Funktionstüchtigkeit – wer davon ausgeht, dass wir es nur mit Halunkenstaaten zu tun haben, die prinzipiell Verträge brechen, der darf sich weder auf eine EU, noch eine Währungsunion, noch auf eine NATO einlassen.

Das andere Extrem zu EU-Verdross sind Visionen fernab der Realität, wie etwa Träumereien über die Vereinigten Staaten von Europa. Nichts gegen „I have a dream“ (Martin Luther King). Aber ich bin mir nicht sicher, wie die Parlamente in Berlin, Paris und Rom reagierten, wenn ihnen ein Europäischer Finanzminister strikte Weisungen erteilt. Das funktioniert in Deutschland noch nicht einmal auf der nationalen Ebene. Mehr noch, ich bin mir noch nicht mal sicher, ob die Vereinigten Staaten von Europa tatsächlich so erstrebenswert sind. Große Wirtschaftsräume waren ebenso mit wirtschaftlichen Wachstumszyklen konfrontiert wie kleine. Und hat Europa trotz oder wegen seiner Kleinteiligkeit in den vergangenen Jahrzehnten eine so markante wirtschaftliche Blüte erlebt?

Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich, das Erreichbare ins Blickfeld zu nehmen und die Visionen der Zukunft zu überlassen. Ganz allgemein sollte der Grundsatz gelten, Haftung und Kontrolle auf derselben Ebene anzusiedeln. Bei der Fiskalpolitik bleibt zwar die nationale Haushaltsautonomie erhalten, jedoch unter strikter Einhaltung des auf europäischer Ebene vereinbarten Regelwerkes etwa bezüglich der Grenzen der Staatsverschuldung. Bei der Stabilisierung des privaten Bankensystems verhält es sich anders. Hier brauchen wir eine Europäische Bankenaufsicht und eine Europäische Agentur für Restrukturierung und Abwicklung von Banken. Es geht mithin nicht darum, alle Sachverhalte entweder nur auf der europäischen oder nur auf der nationalen Ebene zu regeln, sondern dies hängt von den zu gestaltenden Sachverhalten ab. Alles in allem machen wir hinsichtlich eines solchen langfristigen Ordnungsrahmens trotz aller Detailkritik Fortschritte. Dies stimmt mich unbeschadet aller Sorgen zum Abschied dann letztlich doch hoffnungsfroh.

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,  
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

**Redaktion:** Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [boehmer@zew.de](mailto:boehmer@zew.de)  
Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2013